

10. Juli 2019 | Nr. Nr. 15/07/2019

Kultusministerium zu Informatik-Lehrkräften

## **Kern: Landesregierung fährt beim Informatik-Unterricht mit angezogener Handbremse**

Aufwertung des Fachs Informatik an Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen, bessere Möglichkeiten für Quereinsteiger ins Lehramt und eine zeitnahe Bedarfserhebung gefordert

Zur Mitteilung des Kultusministeriums, dass die ersten Lehrkräfte erfolgreich die neu eingerichtete Fortbildung für den Unterricht im Fach Informatik abgeschlossen haben, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Dass 240 Lehrerinnen und Lehrer das Kontaktstudium Informatik absolviert haben, ist eine sehr erfreuliche Nachricht. Unser Dank gilt vor allem den Lehrerinnen und Lehrern, die die Fortbildung neben ihrer Berufstätigkeit auf sich genommen haben. Diese gute Nachricht sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung bei der Einführung des Informatikunterrichts insgesamt mit angezogener Handbremse fährt. Eine Anfrage der FDP/DVP Fraktion an die Landesregierung (Landtags-Drucksache 16/5951) ergab nicht nur, dass das Kultusministerium mangels statistischer Erfassung keinen Überblick über den Einsatz der Lehrkräfte für den Informatik-Unterricht hat und den Personalbedarf nicht abschätzen kann. An den Haupt-/Werkrealschulen und an den Realschulen soll Informatik ab Klasse 8 nur als freiwillig zu belegendes Wahlfach angeboten werden. Und ein Seiteneinstieg für Informatiker ohne Lehramtsstudium ist nur für die gymnasialen und die beruflichen Lehrämter möglich, ein so genannter Direkteinstieg mit berufsbegleitender pädagogischer Nachqualifizierung sogar nur an den beruflichen Schulen. Die FDP/DVP Fraktion fordert die Kultusministerin auf, Informatik ähnlich wie an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ab Klasse 8 auch an Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen zu einem Wahlpflichtfach zu machen, Seiten- und Direkteinsteiger in den Lehrämtern für alle Schularten zuzulassen und zeitnah den Bedarf an Informatiklehren für alle Schulen zu erheben.“